



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 08. September 2009
Feuerwache I, Kurt-Schumacher-Ring 16 (Lehrsaal 1. OG)

<u>Vorsitz :</u>	Stefan Spallek
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr	Ende: 19:05 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 25/09 (Drucksachenband 138)

Drucksachenlisten DL Nrn. 29/09 (Drucksachenband 139)

Drucksachenlisten DL Nrn. 30/09 (Drucksachenband 140)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0055 Tagesordnung

Stv. Coigné beantragt, die Punkte 7 und 13 gemeinsam zu behandeln.

Vors. Spallek beantragt die Absetzung von Punkt 7, da die Thematik im Arbeitskreis Bürgerhaushalt eingehend beraten und beschlossen wurde und auch weiterhin dort behandelt werden wird.

Der Antrag auf Absetzung wird gegen die Stimme der Linken Liste angenommen.

gegen Linke Liste

0056 09-F-06-0042

"Rechenschaftspase" für den "Bürgerhaushalt 2010/2011"
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 02.09.2009 -

Der Antrag der Linken Liste wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt.

gegen Linke Liste

0057 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 23.06.2009 wird genehmigt.

Stv. Coigné hat erwartet, dass der Punkt „Rufnummer 115 in Wiesbaden“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wird, dazu liegt aber kein Bericht vor. Der Antrag aus der Juni-Sitzung war vom Grundsatz her erledigt.

Einstimmig

0058 08-F-25-0091

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr!
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.08.2008 -

Zu diesem Punkt ist Herr Hartenfels von der Berufsfeuerwehr Wiesbaden, sowie Frau Rudolph (Einwohner- und Integrationsdezernat) anwesend.

Herr Hartenfels berichtet darüber, dass es 20 Freiwillige Feuerwehren und 18 Jugendfeuerwehren in Wiesbaden gibt. Man habe sich anfänglich etwas im Kreis gedreht, er sieht jetzt aber gute Perspektiven, Bürger/innen mit Migrationshintergrund in die Feuerwehren einzubinden. Dank der Unterstützung von Frau Rudolph, mit der die Feuerwehr in Kontakt steht, hat man alle zu

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Beteiligten an einen Tisch bekommen. Es wird ein Pilotprojekt mit den Feuerwehren aus Kostheim, Dotzheim und Erbenheim geben. Der 1. Termin für ein Gespräch ist für den 04.11.2009 vorgesehen.

Stv. Schickel fragt nach, ob es Vorbehalte auf beiden Seiten gegeben hätte, da ja doch einige Zeit ins Land gegangen ist seit Antragstellung und Herr Hartenfels von „im Kreise-drehen“ spräche.

Herr Hartenfels bestätigt, dass man zunächst nach Möglichkeiten suchen musste, die das Projekt weiterbringen. Man habe zunächst z. B. Hilfe beim Hmdl gesucht, aber von dort konnte kein Einstieg geliefert werden. Erst durch den Kontakt mit Frau Rudolph sei man einen entscheidenden Schritt weiter gekommen.

Vors. Spallek fragt nach, welcher Zeitraum für die Durchführung der Maßnahme geplant sei und ob man in Stadtgebieten, die bisher keine freiwillige Feuerwehr haben, diese etablieren könne.

Herr Hartenfels berichtet dazu, dass man erst nach dem Ramadan im November 2009 das Projekt angehen könne. Er hält nicht die Zeitschiene sondern das Ziel für entscheidend. Viele Bürger/innen hätten sich bisher noch gar keine Gedanken über die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren (FF) gemacht. In manchen Stadtteilen gäbe es eine lange Tradition in Bezug auf die FF (z. B. Auringen seit 100 Jahren). Der Bereich Wellritzstraße wäre sicher ein guter Ansatzpunkt.

Auf Nachfrage von Herrn Dogan, ob sich auch weitere Vereine beteiligen werden, berichtet Herr Hartenfels, dass zunächst die islamische Gemeinde mitmachen werde.

Stv. Müller möchte wissen, ob neben dem gezielten Einladen von Personen das Projekt auch anderweitig bekannt gemacht werde und ob verschiedene Altersgruppen angesprochen werden.

Lt. Aussage von Herrn Hartenfels habe man schon Versuche gemacht, die Bevölkerung sei aber nicht interessiert gewesen. Man müsse davon ausgehen, dass die Feuerwehren in der Regel gewachsen seien, ähnlich wie eine Familie. Es werde z. B. nicht ohne ein Feierabendbier gehen.

Frau Rudolph ergänzt, dass man Multiplikatoren finden müsse. Es werden an dem Termin am 04.11.09 nicht nur Kostheimer teilnehmen. Im Moment habe man 10 bis 12 Teilnehmer, die in dem ersten Gespräch Maßnahmen erarbeiten sollen, die dann an die Öffentlichkeit weitergegeben werden sollen.

Stv. Schickel fragt nach, ob auch noch heute Interesse von Kindern und Jugendlichen an den Jugendfeuerwehren bestünde, weil man über die FF Zugang zu technischem Gerät erhalte.

Herr Hartenfels bestätigt, dass es heute noch genauso ist. Man könne davon ausgehen, dass 10- bis 17-Jährige für die FF interessieren, aber bei den 10- bis 12-Jährigen ein ständiges Kommen und Gehen sei. Bei den 13-/14-Jährigen festige sich die Mitgliedschaft. Er bestätigt auch auf Nachfrage von Stv. Manjura, dass die Mitglieder der FF in der Regel vorher Mitglied in den Jugendfeuerwehren waren. Dies sei insbesondere in den Stadtbezirken so, wo die FF eine lange Tradition haben. Es gäbe seit vielen Jahren die sog. Bambinis, man habe jetzt 8 Kindergruppen.

Auch Frauen und Mädchen würden angesprochen, wobei der Zuspruch der Mädchen in den Jugendfeuerwehren sogar recht groß sei. In die aktive Laufbahn würden sie aber in der Regel nicht überwechseln.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Bei der Berufsfeuerwehr sind Frauen durchaus vertreten und würden auch besonders gefördert. Er weist auf die seiner Meinung nicht gelungene Kampagne „Frauen an den Herd“ hin, die eigentlich das Gegenteil bewirken soll.

Konkret würde im Moment eine Kollegin bei der Berufsfeuerwehr ausgebildet.

Der Ausschuss erwartet in ca. einem Jahr einen Bericht über die weitere Entwicklung.

Stv. Coigné würde das Thema auch gern im Frauenausschuss einbringen.

Einstimmig

0059 09-F-01-0081

Geschäftsstelle des Seniorenbeirats
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2009 -

Stv. Schickel begründet den Berichtsantrag und Vors. Spallek signalisiert, dass seine Fraktion den Antrag mittragen wird.

Herr Berg, Vertreter des Seniorenbeirats, erklärt, dass man einen sehr großen Wunsch habe, im Rathaus untergebracht zu werden. Als Provisorium habe Stadtrat Bendel das sog. Schenck´sche Haus angeboten, das aber zunächst repariert und renoviert werden müsse, so dass im Moment kein Zeitplan existiere. Wie es am Schluss aussehe und ob es übernommen werden könne, sei unklar. Man wisse auch nicht, welche Reparaturen notwendig seien, um die Räumlichkeiten überhaupt als Provisorium nutzen zu können. Der Seniorenbeirat lege aber Wert darauf, zentral untergebracht zu werden.

Stv. Coigné fragt nach, wann der Seniorenbeirat denn umziehen müsse.

Herr Berg bestätigt, dass dies erst der Fall ist, wenn ein anderer Ort für den Seniorenbeirat gefunden sei.

Einstimmig

0060 09-F-01-0082

DSL-Anschluss für Medenbach
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2009 -

Stv. Schickel begründet den Antrag und führt aus, dass es eine tiefe Verstimmung gäbe, man suche nach Schuldigen. Stadtrat Bendel habe zur Kenntnis genommen, dass dieser erneute Antrag eingereicht werden würde. Evtl. habe es Verhandlungsfehler mit der Telekom gegeben.

Herr Backes (Amt für Wirtschaft) ist im Ausschuss, um „Rede und Antwort“ zu stehen. Er berichtet über den Vorlauf in dieser Angelegenheit. Man hätte längere Zeit mit der Telekom verhandelt, es wurden Bürger gefunden, die bereit waren, einen DSL-Anschluss zu übernehmen, aber es kam trotzdem nicht zum Ausbau. Nach dem Standpunkt der Telekom hätte die LHW angeblich den Vertrag

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

nicht schnell genug unterschrieben. Der DSL-Anschluss für Medenbach wäre das Abfallprodukt einer größeren Leitung gewesen, aber die Gelder wurden bei der Telekom gestrichen.

Jetzt sei man konkret in Verhandlungen mit Anbietern von Funk-DSL, die sich auch der WitCom bedienen würden.

Der Anschluss für den Einzelkunden sei dort nur unwesentlich teurer als bei der Telekom
Er geht davon aus, dass binnen der nächsten 4 bis 6 Wochen die ersten Kunden über DSL verfügen können.

Es seien auch Bürger mit Unimedia in Kontakt. In der lfd. Woche solle eine Liste mit betroffenen Straßenzügen benannt werden.

Die Versorgungslage würde sich in 2009 noch erheblich verbessern.

Zu möglichen Fördermitteln angesprochen teilt Herr Backes mit, dass es dazu noch keine belastbaren Zahlen gäbe, man sei aber im Gespräch. Man müsse aber von geringen Beträgen ausgehen, da es hessenweit andere Regionen gäbe, die wesentlich schlechter dran seien.

Auf Nachfrage von Stv. Manjura teilt Herr Backes mit, dass er zu den technischen Möglichkeiten bei Funk-DSL nichts sagen könne, sich aber von WitCom hätte sagen lassen, dass es für den Endverbraucher keine erkennbaren Unterschiede gäbe.

Man arbeite sehr intensiv an der Versorgung aller interessierten Wiesbadener an der Sache. In anderen Stadtbezirken sei der Kreis der Unversorgten kleiner.

Für Stv. Schickel ist der Antrag durch den Bericht von Herrn Backes erledigt. Wenn es allerdings weiter haken sollte, kommt die Angelegenheit wieder auf die Tagesordnung.

Einstimmig

0061 09-F-06-0040

Kostenlose Nutzung des ÖPNV für Teilnehmer/innen an Sprachkursen
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 01.09.2009 -

Stv. Coigné begründet den Antrag. Die Anregung zu diesem Antrag sei aus der Intergrationskonferenz gekommen. Die Kosten seien teuer als die Maßnahme selber.

Frau Rudolph (Einwohner- und Integrationsdezernat) teilt mit, dass die Fahrtkosten zu den Integrationskursen geregelt seien. Die vhs hätte Sonderregelungen.

Es gibt grundsätzlich die Möglichkeit, Fahrtkosten geltend zu machen. Der Erstattungsvorgang dauere aber sehr lange. Das Bundesamt habe auf die bestehende Praxis reagiert - es wurde ein Modellversuch angestoßen. Von Juli bis Ende 2009 würde eine Pauschale im Vorfeld gezahlt. Die Teilnahme der Kursträger an diesem Modellversuch sei allerdings freiwillig. Man wollte eigentlich ein Kombi-Ticket entwickeln.

Stv. Coigné behält sich vor, später noch einmal nachzufragen, denn der Versuch sei ja gerade erst angelaufen.

Auf Nachfrage von Stv. Manjura teilt Fr. Rudolph mit, dass man nicht genau sagen könne, ob die Träger bei dem Modellversuch mitmachen, da die Teilnahme freiwillig sei, man vermute aber eine rege Beteiligung.

Der Antrag ist durch den Bericht von Fr. Rudolph erledigt.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0062 09-F-06-0041

Jugendleitercard "Juleica"
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 01.09.2009 -

Stv. Coigné begründet den Antrag. Sie verweist auf ein Schreiben des Leiters des Stadtjugendrings, in dem die Juleica mit der Leonardo-Card verglichen werde. Sie regt an, sich um einen Ausbau der Juleica zu bemühen und eine Abgleichung aller Karten herbeizuführen.

Herr Jäger (Referent Sozialdezernent) ist zu diesem Thema anwesend und berichtet, dass die Juleica auch schon im Sozialausschuss thematisiert wurde. Die Juleica wurde 1999 eingeführt. Damit sollten alle in der Jugendarbeit ehrenamtlich Tätigen unterstützt werden. Der Stadtjugendring sei der Organisator. Bei der Einführung der Card habe es an Unterstützern gefehlt.

Später wurde eine Sitzungsvorlage mit einem Gutscheineheft erstellt, die im November 2002 von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt wurde, da keine Mittel vorhanden waren.

Jetzt sei das Thema neu aufgekommen. Es habe erste Gespräche zwischen dem Sozialdezernat, dem Bürgerreferat des Oberbürgermeisters und dem Stadtjugendring gegeben - erste Ergebnisse liegen schon vor. So wurde vereinbart, die Juleica zu verbessern. Dezernat I wird zusammen mit den Eigenbetrieben als gutes Beispiel vorausgehen. Die Juleica soll zukünftig mit der Ehrenamts-card in einem feierlichen Rahmen überreicht werden.

Man versuche, neue Kooperationspartner für Juleica und Ehrenamts-card zu finden.

Die Leonardo-Card, die nicht von der LHW gesponsert werde, kann man hier nicht mit einbeziehen, da dort ganz andere Träger beteiligt sind.

Man muss bei einer Neuauflage der Juleica aber auch herausarbeiten, was schon durch die Schülerschein abgedeckt ist.

Die Juleica sei ein bundesweites Projekt, das man nicht aushöhlen möchte.

Stv. Manjura begrüßt, dass Bewegung in die Sache komme, denn der Stadtjugendring habe schon vor Jahren Veränderungen angestrebt. Er beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Coigné hält den Antrag keineswegs für erledigt und lässt sich auch von Organisationsformen nicht abschrecken. Die Juleica soll einen besonderen Anreiz bieten. Sie möchte den Erledigungsantrag abgestimmt wissen, der wie folgt abgestimmt wird:

gegen Linke Liste angenommen

0063 08-F-25-0078

Integrationskonferenz für Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Stadträtin Zeimetz bedankt sich für die Vor- und Nachbereitung und die Durchführung der Integrationskonferenz und bedankt sich auch für die rege Teilnahme des Ausschusses an der Konferenz. Die Dokumentation zur Integrationskonferenz liegt vor und wird den Ausschussmitgliedern in der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spallek gibt den Dank an das Einwohner- und Integrationsdezernat zurück. Ein wichtiger Wunsch sei umgesetzt worden.

Einstimmig

0064 09-A-21-0001

Interkulturelle Woche 2009

Fr. Rudolph berichtet über die Durchführung der IKW. Fast alle Punkte hätten stattfinden können, lediglich die Präsentation am Donnerstag hätte wetterbedingt ausfallen müssen. Der Kochevent sei das Highlight gewesen. Der Abschluss im Schelmengraben sei sehr gut gelungen, auch die Verleihung des Integrationspreises sei gut besucht gewesen. Der Innenstadtplatz habe sich bewährt. Weniger gut angenommen wurden die Infostände und auch der Film „Zeit zu bleiben“.

Vors. Spallek geht davon aus, dass man sich für die Zukunft Gedanken über das gesamte Konzept der IKW machen muss.

Stv. Konaka findet, dass man die ganze Veranstaltung nicht mehr Interkulturelle Woche nennen könne, da sich die Veranstaltungen lediglich auf 3 Tage beschränkt hätten.

Auch Stv. Müller unterstützt, dass man sich generell Gedanken über die IKW, die Entwicklung und die Inhalte machen müsse. Manche Dinge hätten sich verselbständigt.

Stv. Schickel empfindet das gleiche Unbehagen wie Stv. Konaka und befürwortet das grundsätzliche Nachdenken. Gerade in diesem Jahr sei die Werbung sehr gut, trotzdem habe es nur mäßige Resonanz gegeben.

Die Arbeitsgruppe zur Gestaltung der Interkulturellen Woche wird sich vor der Dezember-Sitzung des Ausschusses zusammenfinden, um sich über die weitere Zukunft der IKW Gedanken zu machen.

Einstimmig

0065 09-A-21-0004

Arbeitskreis Städtepartnerschaften

Vors. Spallek regt an, ähnlich wie für die IKW einen Arbeitskreis des Ausschusses für mögliche weitere Städtepartnerschaften, aber auch den Umgang mit den bestehenden Partnerschaften zu gründen, da für intensive Diskussionen im Ausschuss nicht genügend Zeit verbleibe. Dieser Arbeitskreis soll mit je 2 Vertretern von CDU und SPD und je einem Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und FDP bestehen.

Die Fraktionen sollen gebeten werden, bis zum Ende der kommenden Woche Vertreter/innen zu benennen.

Der Ausländerbeirat und die Fachverwaltung werden zu den Sitzungen ebenfalls eingeladen.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Coigné weist darauf hin, dass sie ebenfalls in dem Arbeitskreis mitarbeiten möchte. Nach ihrer Meinung lässt die politische Gewichtung z.B. von Bürgerreisen zu wünschen übrig. Sie unterstützt grundsätzlich die Gründung des Arbeitskreises.

Vors. Spallek teilt mit, dass sich der Arbeitskreis nach den politischen Mehrheiten wie oben genannt zusammensetzen wird. Die Linke Liste kann evtl. beratend hinzugezogen werden. Dies müsste aber der Arbeitskreis selbst bestimmen.

Stv. Coigné stimmt der Gründung des Arbeitskreises vorbehaltlich der Beteiligung der Linken Liste an dem Arbeitskreis zu.

bei Enth. Linke Liste angenommen

0066 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Der neu gegründete Arbeitskreis wird sich mit der Zusammenstellung befassen. Der Sachstand wird in der heutigen Sitzung lediglich zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0067 09-F-01-0058

Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Ocotal
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Zu dem Antrag der SPD liegt ein schriftlicher Bericht des Oberbürgermeisters vor. Für Stv. Schickel ist der Antrag durch den Bericht erledigt, dass lt. Bericht für ein Jubiläum von 20 Jahren grundsätzlich keine Festlichkeiten geplant sind. Der Oberbürgermeister habe in seinem Bericht zudem Interesse an einem Kontakt mit Ocotal bekundet, bei dem die Fraktionen ebenfalls einbezogen werden sollen. Dies hält Stv. Schickel für sinnvoll.

Lt. Stv. Müller soll im kommenden Jahr (im Sommer) eine Bürgerreise nach Ocotal stattfinden, die vom Verein Nueva Nicaragua mit initiiert wird.

Stv. Schickel teilt mit, dass es einen stabilen Kontakt von seiner Partei zum Verein Nueva Nicaragua gäbe. Der Verein leiste den Löwenanteil an inhaltlicher Arbeit. Er schlägt deshalb vor, Herrn Roßmeißl in die nächste Ausschusssitzung oder die Sitzung des Arbeitskreises einzuladen. Er könnte u. a. unmittelbar Bericht erstatten über die Planungen zum 20. jährigen Jubiläum.

Der Antrag hat durch die Aussprache und den schriftlichen Bericht des Oberbürgermeisters seine Erledigung gefunden. Herr Oberbürgermeister Dr. Müller soll noch ein Schreiben des Ausschusses erhalten.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0068 09-V-20-0062

Bürgerhaushalt 2010/2011; Erfahrungsbericht Bürgerhaushalt 2010/2011

Vors. Spallek berichtet, dass die Resonanz auf den neu eingeführten Bürgerhaushalt nicht so groß gewesen sei, wie erwartet.

Stv. Coigné begründet den Änderungsantrag.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass sich der Arbeitskreis Bürgerhaushalt mit allen Punkten zu diesem Thema auseinandersetzt.

Stv. Müller geht davon aus, dass der Bürgerhaushalt nicht in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gehöre. Die Kämmerei überprüfe alle Vorschläge, dabei habe man pro Anrufer umgerechnet 48 € ausgegeben. Man sollte die Angelegenheit jetzt nicht noch weiter aufblähen.

Stv. Schickel kann sich der Auffassung, dass der Bürgerhaushalt nicht in diesen Ausschuss gehöre nicht anschließen.

Der Änderungsantrag der Linken Liste wird gegen die Stimmen der Linken Liste abgelehnt.
Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke Liste

0069 07-F-25-0071

"Willkommenspaket" für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 12.06.2007 -

Mit dem Vorlegen des Willkommenspaketes ist in Kürze zu rechnen.

Der Ausschuss wird sich voraussichtlich in seiner Sitzung nach den Herbstferien mit dem Thema beschäftigen.

Einstimmig

0070 08-F-25-0108

Starke Stadt für Studis und Azubis
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP vom 16.09.2008 -

Herr Wolf (Einwohner- und Integrationsdezernat) berichtet zu diesem Antrag:

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit mehreren anderen Städten Kontakt aufgenommen und sich letztlich am Frankfurter Verfahren orientiert.
 2. Der Einsatz eines mobilen Bürgerbüros in der FH hat sich als schwieriger als gedacht herausgestellt und wird aller Voraussicht nach nicht umsetzbar sein, da man Zugang in das städtische Netz benötigt, die FH an unterschiedlichen Standorten untergebracht ist und wenn überhaupt nur sehr langsam online gearbeitet werden kann.
 3. Mit der FH ist vereinbart worden, dass das Einwohner- und Integrationsamt bei der Begrüßungsveranstaltung am 05.10.2009 vor Ort im Schlachthof anwesend sein wird.
 4. Zur weiteren Ausgestaltung des Verfahrens wird in Kürze eine Sitzungsvorlage vorgelegt.

Einstimmig

0071 09-F-25-0026

Leitfaden zur Bilingualität
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 09.03.2009 -

Der überarbeitete Flyer wird dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Fr. Rudolph berichtet, dass z. Zt. 12 Lotsen geschult werden, die Mitte November ihre Prüfung ablegen werden.

Der Antrag hat durch den Bericht und den vorgelegten Flyer seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0072 09-F-01-0056

Ausbildung der städtischen Hilfspolizisten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Stv. Schickel teilt mit, dass man, sofern Handlungsbedarf bestehe, wieder auf die Angelegenheit zurückkommen wird.

Einstimmig

0073 09-V-10-0019

Verlängerung eines Ehrengrabes; Anton Mecum
gegen Bü 90/Die Grünen

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0074 09-V-11-0002

onlineRathaus-Umsetzung und Erweiterung

Protokollerklärung der Linken Liste:

Die Fraktion Linke Liste stimmt der Vorlage nicht zu, da die entstehenden Kosten - insbesondere in Anbetracht der absehbaren städtischen Haushaltslage - unverhältnismäßig zum wünschenswerten Ergebnis sind. Die bereits vorhandenen Realisierungen im Bereich des städtischen Internet-Auftritts (www.wiesbaden.de, insbesondere „Virtuelles Rathaus“/PIWI) müssten zunächst grundsätzlich verbessert werden, bevor zusätzliche Angebote installiert werden.

gegen Linke Liste

0075 09-V-30-0005

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Mainz-Kostheim

Einstimmig

0076 Bericht der Dezernentin

Hier liegt kein Bericht vor.

Einstimmig

0077 Verschiedenes

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .10.2009

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba